



Merkel: Respekt vor dem, was Italien auf den Weg gebracht hat

ROM. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Besuch in Rom gestern auch Italiens Staatspräsidenten Giorgio Napolitano getroffen. Sie habe „Respekt vor den politischen Reformen, die Italien in den

letzten Monaten auf den Weg gebracht hat und noch auf den Weg bringen wird“, hieß es in deutschen Regierungskreisen nach einem Abendessen, an dem auch Premier Mario Monti teilgenommen hat.

„Europa ist insgesamt noch nicht völlig über den Berg. Und ich vermute, dass sich in den nächsten Jahren neue Berge zeigen werden.“

Angela Merkel gestern in Rom



Monti wird nicht Eurogruppen-Chef



ROM (APA/AFP). Italiens Ministerpräsident **Mario Monti** (r.) hat Spekulationen zurückgewiesen, er könnte die Nachfolge des langjährigen Chefs der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, übernehmen. „Meinen Sie, ein italienischer Regierungschef kann zusätzliche Aufgaben übernehmen?“, sagte Monti gestern beim Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (l.). Diese wollte sich zu „Spekulationen“ nicht äußern. Juncker hatte Monti zuvor als Wunschkandidaten für seine Nachfolge bezeichnet.



Dante Alighieri im Exil, Ölbild eines unbekanntes italienischen Malers

Politisch korrekte Komödie

ITALIEN: Dantes „Göttliche Komödie“ antisemitisch, islamfeindlich und homophob – Trotzdem wird sie bleiben

VON MORITZ WINDEGGER

ROM/BOZEN. Die Hölle wird deshalb nicht gleich zufrieden, aber ein Politikum wird es: In Italien empfiehlt eine Organisation die Verbannung des Dichterfürsten Dante Alighieri (1265–1321) aus den Lehrplänen. Der Grund: Die „Göttliche Komödie“ sei „antisemitisch“, „islamfeindlich“ und „homophob“.

So viel „politische Korrektheit“ dürfte den Italienern dann doch zuviel sein. Die eher unbekannt Gruppe Gherush92 ist eine Organisation zur Beobachtung rassistischer oder diskriminierender Tendenzen. Dass sie damit ausgerechnet an Dante rüttelt,

hätte kaum jemand gedacht. In literarischer Schaffenskraft fühlen sich die Italiener niemandem zweitrangig. Italien ist das Land der Dichter. Und Dante dessen literarischer Begründer. „Sommo poeta“ wird er genannt, der „höchste Dichter“. Was schon im Lautklang dem „Sommo Pontefice“, dem „höchsten Priester“ nahe kommt: Was das Petrusamt der Kirche ist Dante in der Dichtkunst. Und ein Angriff auf ihn ist ein Angriff auf das Selbstverständnis der Italiener. Besonders bei so eigentümlichen Argumenten. Dass der Veräter-Apostel Judas im tiefsten Höllengraben schmort, sei antisemitisch. Der islamische Prophet Mohammed sitzt bei Dante deutlich höher, aber immer noch in der Hölle: unter jenen,

die Zwietracht säen. Außerdem würden – so Gherush92-Experten, die nach eigenen Angaben auch die Vereinten Nationen beraten – Mohammed und auch der Prophet Ali mit „vulgären und Furcht erregenden Attributen beschrieben“. Und noch einen Vorwurf setzt Gherush92 drauf: Dante sei homophob. Was im zeitgenössischen Sprachgebrauch so viel bedeutet als dass er Homosexualität mit Aversion begegnet. Im anbrechenden 14. Jahrhundert hat der Schriftsteller Mitmenschen mit außergewöhnlichen Sexualpraktiken nämlich ins Fegefeuer gesetzt. Generationen von Italienern haben diesen Dante in der Schule gelesen und auswendig gelernt. Unzählige Schriftsteller in vielen Sprachen

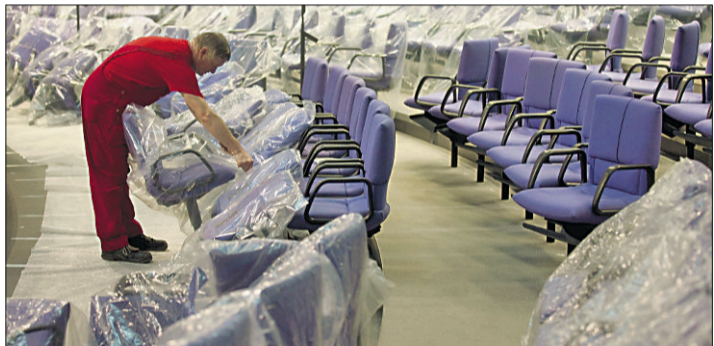
haben aus seinem Werk geschöpft. Wie kaum ein anderer hat Dante sein Land und seine Mitmenschen studiert und dann beschrieben. Dante bleibt für die Jahrhunderte. Die Gherush92-Thesen haben zwar gefühlte fünf Minuten Aufmerksamkeit errungen, werden aber wohl das Schicksal der Untätigen erleiden, die „ohne Lob und ohne Schande“ lebten. Und die der Dichterfürst an den Hölleneingang gesetzt hat: „Fama di loro il mondo esser non lassa;/ misericordia e giustizia li sdegna: / non ragioniam di lor, ma guarda e passa.“ (Die Welt gestattet ihnen keinen Nachruhm;/ Erbarmen und Gerechtigkeit verschmähen sie. / Kein Wort von ihnen; schau' und geh vorüber.)

Berlin: Reichstag wird für Präsidentenwahl umgebaut

BERLIN (dpa). Im Plenarsaal des Berliner Reichstags haben gestern die Umbauarbeiten für die Wahl des deutschen Bundespräsidenten begonnen.

Wenn die 15. Bundesversammlung am kommenden Sonntag (18. März) das nächste deutsche Staatsoberhaupt wählt, müssen nicht nur die 620 Bun-

destagsabgeordneten in dem Saal Platz finden, sondern zusätzlich weitere 620 Landesdelegierte sowie 88 Ersatzdelegierte. Die 620 Sitzplätze werden deshalb auf rund 1300 aufgestockt. Zur Wahl stehen der Gründer der Stasi-Unterlagen-Behörde Joachim Gauck und die Journalistin Beate Klarsfeld.



Im deutschen Bundestag wurde gestern schon mit den Umbauarbeiten begonnen: Am Sonntag wird der neue Präsident gewählt. APA/epa

MINDERHEITEN IN EUROPA

Wegen eines Aufklebers im Postamt in Haft

MINDERHEITEN: Bretonischer Aktivist will in Postamt Zweisprachigkeit einfordern – Mit roher Gewalt auf die Polizeiwache gebracht – Die Staatsanwaltschaft ermittelt

VON HATTO SCHMIDT

GWENGAMP/GUINGAMP. Ein Mitglied des bretonischen Vereins Aï'ta („Los geht's“) ist am Samstag, 3. März in Gwengamp/Guingamp in äußerst rüder Art festgenommen worden, als der Mann zusammen mit einem Dutzend Gleichgesinnter im Postamt der 7400-Einwohner-Stadt durch das Anbringen von Aufklebern der Forderung der Bretonen nach Verwirklichung der Zweisprachigkeit in öffentlichen Ämtern Nachdruck verleihen wollte.

Auf jedem Schild in französischer Sprache hatten die Aï'ta-Aktivistenaufkleber mit der Forderung nach zweisprachigen Hinweisen angebracht. Die Atmosphäre im Postamt war laut Jean-Christoph Chorlay von der Bretonischen Partei gut, die Angestellten und Kunden hätten mit Zustimmung auf die Aktion reagiert.

Nicht so die Polizei. Mehrere Beamte zwangen den Aï'ta-Aktivisten, einen Bretonisch-Lehrer, mit äußerster Gewaltanwendung zu Boden und nahmen ihn fest. Die Bretonische Partei hat vehement gegen das Vorgehen der Polizei protestiert. Der Aktivist wurde nach einer Anhörung auf der Polizeiwache wieder frei-



Mit roher Gewalt wurde der bretonische Aktivist von Polizisten zu Boden gezwungen und mit Handschellen gefesselt: Weil er mit dem Anbringen von Aufklebern zweisprachige Hinweisschilder verlangt hatte. Parti Breton

gelassen; die Staatsanwaltschaft ermittelt und die Post will Schadensersatz fordern. Der französische Staat erkennt nur Französisch als offizielle Sprache an. Die Benutzung anderer Sprachen wird als „Kommunitarismus“ gebrandmarkt: Darunter ist die Bildung ethnischer oder religiöser Gemeinschaften zu verstehen, was in der französischen Staatsdoktrin als Angriff auf die Einheit der Nation verstanden wird. Nur öffentliche Stellen von Städten oder Regionen haben die Möglichkeit, zweisprachige Hinweisschilder anzubringen.

Die beiden wichtigsten Präsidentschaftskandidaten, Nicolas Sarkozy (Konservative) und Francois Hollande (Sozialisten), haben schon mehrfach ihre Ablehnung anderer Sprachen Frankreichs im öffentlichen Raum bekundet. Vor allem Sarkozy überschlägt sich im Pathos der „Grande Nation“, obwohl seine Vorfahren väterlicherseits aus Ungarn stammten und seine Ahnen mütterlicherseits aus einer jüdischen Familie aus Thessaloniki (Griechenland). In einer Rede am 19. Februar in Marseille sagte Sarkozy unter

anderem: „Wenn man Frankreich liebt, kann man nicht vorschlagen, die Europarats-Charta der Regional- und Minderheitensprachen zu ratifizieren, weil sie nicht darauf ausgerichtet ist, regionale Sprachen zu leben, sondern darauf, die Sprachrechte aller Minderheiten anzuerkennen und zu ratifizieren und sie unter die Kontrolle der Richter eines Europäischen Gerichtshofs zu legen, die unabhängig sind von unserer nationalen Geschichte und unserer republikanischen Tradition.“ Sarkozy dagegen will „das einmalige Kulturerbe der französischen Sprache und Kultur verteidigen“. Gegen Kommunitarismus zieht er ins Feld, „weil dieser Jahrhunderte der Anstrengung und Opfer ruiniert, einen Staat zu bauen, eine Nation, eine Republik, auf die wir stolz sein können und aus der wir unsere Stärke und kollektive Intelligenz ziehen“.

Wie Griechenland, Türkei und Lettland

Zwar hatte der damalige Ministerpräsident Lionel Jospin (Sozialisten) die Sprachencharta 1999 unterzeichnet, aber Staatspräsident Jacques Chirac verweigerte seinerzeit die Einleitung des Ratifizierungsprozesses. Frankreich gehört daher zu den 21 von 47 Staaten, welche die 1992 aufgelegte und 1998 in

HINTERGRUND

Bretagne: 1488 von Frankreich annektiert

GWENGAMP/GUINGAMP. Die leid- und wechselvolle Geschichte der Bretagne konnte Prof. **Marcel Texier** (im Bild) im Februar bei einer Minderheiten-Tagung in Düsseldorf erläutern (die „Dolomiten“ berichteten am 29. Februar). So wurde die Bretagne 1488 nach einer vernichtenden Niederlage gegen das Heer des französischen Königs Karl VIII. annektiert. Den Rückgang der bretonischen Sprache schildert Texier in dieser Phase eher als Nebenfolge der französischen Herrschaft denn als planmäßige Unterdrückungspolitik; vor allem die Städte waren der „Entbretonisierung“ ausgesetzt. Aufstände wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Die aktive Phase der Unterdrückung begann mit der



französischen Revolution. Der Sonderstatus der Bretagne wurde gestrichen, und in der Folge setzte sich in Frankreich eine feindselige Einstellung gegen alle nicht-französischen Sprachen durch – die bis heute andauert. Texier bezeichnet die Wirkung dieser Einstellung gegenüber Minderheitensprachen als einen „kulturellen Tsunami“: Gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch 1,2 Millionen Bretonisch-Sprecher, sind es heute noch etwa 200.000, vor allem ältere Menschen. Nur 14.000 Schüler erhalten einen zweisprachigen Unterricht, zwei Drittel davon in privaten Schulen.

Kraft getretene Sprachencharta nicht ratifiziert haben. Paris befindet sich damit in der Gesellschaft von minderheitenfeindlichen Staaten wie Griechenland, der Türkei und Lettland (Italien hat die Charta am 3. März 2012 ratifiziert). Die Vertreter der Regionalsprachen und Minderheiten Frankreichs geben aber nicht auf: Am Samstag, 31. März werden unter dem Motto „Unsere Sprachen, unsere Kulturen:

ein Recht, ein Gesetz“ überregionale Kundgebungen im Elsass, im Baskenland, in Lothringen, der Bretagne, in Katalonien, Okzitanien und auf Korsika stattfinden. Im Elsass findet die Kundgebung um 15 Uhr auf dem Kléber-Platz unter dem Leitmotiv „Ja ze unsere Sproch“ statt.

@ www.langueregionales.org
www.agencebretagnepresse.com
www.ouest-france.fr